Niedersächsisches
Kultusministerium

Inklusion in der beruflichen Bildung

Aktueller Stand der Umsetzung

November 2014

Art. 24
Bildung

5) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung **und gleichberechtigt mit anderen Zugang** zu allgemeiner Hochschulbildung, Berufsausbildung, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen haben.
Zu diesem Zweck stellen die Vertragsstaaten sicher, dass für Menschen mit Behinderungen angemessene Vorkehrungen getroffen werden.

§ 4 NSchG
Integration
- alt -

§ 4 NSchG
Inklusive Schule
Gesetz vom 23. März 2012

Schülerinnen und Schüler, die einer sonderpädagogischen Förderung bedürfen (§ 14 Abs. 1 Satz 1), sollen an allen Schulen gemeinsam mit anderen Schülerinnen und Schülern erzogen und unterrichtet werden, wenn auf diese Weise dem individuellen Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler entsprochen werden kann und **soweit es die organisatorischen, personellen und sächlichen Gegebenheiten erlauben.**

Die öffentlichen Schulen ermöglichen allen Schülerinnen und Schülern einen barrierefreien und gleichberechtigten Zugang und sind damit inklusive Schulen. Welche Schulform die Schülerinnen und Schüler besuchen, entscheiden die Erziehungsberechtigten **(§ 59 Abs 1 Satz 1).**

§ 59 Abs. 1 Satz 1 NSchG

Die Erziehungsberechtigten haben **im Rahmen der Regelungen des Bildungsweges** die Wahl zwischen den Schulformen und Bildungsgängen, die zur Verfügung stehen.

Inklusion in der beruflichen Bildung

Niedersächsisches Kultusministerium

Zwei Aufgabenfelder sind zu bearbeiten:

- **Körper- und sinnesbeinträchtigte** junge Menschen
  haben in der Regel Schulabschlüsse
  bislang Landesbildungszentren oder Blindenstudienanstalt Marburg
  künftig das Recht eine z.B. BFS „am Ort“ zu besuchen

- Junge Menschen mit einer **geistigen Behinderung**
  BBS vor Ort muss Angebote vorhalten
  Zielgruppe relativ klein- jährlich ca. 580 Absolv.- davon vielleicht 50%
  individuelle Konzepte - erstellt durch Berufswegekonferenz

Lernarrangements

Niedersächsisches Kultusministerium

- Aufnahme in reguläre Klassen
  (z. B. BFS – Ernährung)

- Einrichtung von BVJ‘s, die ein zielgerichtetes Förderprofil aufweisen *(Beispiel: Bad Harzburg)*

- Qualifizierung im Rahmen einzelfallbezogener Förderung nach **§ 69.4 NSchG**

Erste Konzepte

Niedersächsisches Kultusministerium

- **<u>Errichtung von Bildungs- und Berufswegekonferenzen</u>**

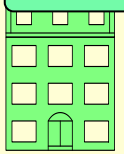
- Aufgabe: Individuelle Qualifizierungsstrategien konzipieren für den Übergang Schule — Beruf

- Zusammensetzung:
  - BBS Lehrkräfte
  - ABS Lehrkräfte
  - Förderschullehrkräfte
  - Kammern bzw. Arbeitgeber
  - Arbeitsverwaltung
  - Kommunen / Sozialamt
  - Eltern
  - .....

Aufgaben der Berufswegekonferenz

Niedersächsisches Kultusministerium

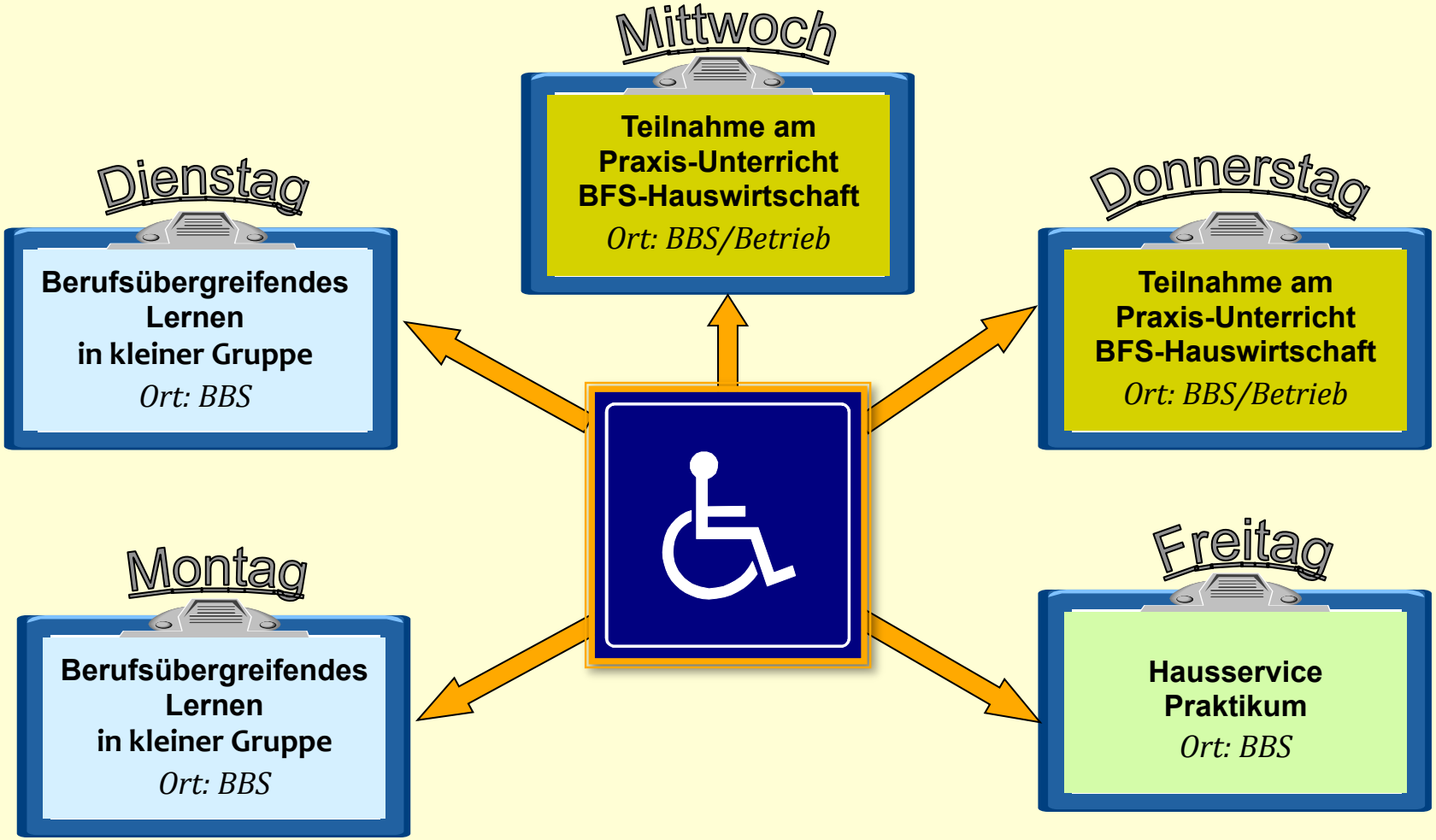
Allgemein Bildende Schulen



1. Beratung beginnt bereits während der Berufsorientierung
2. Erstellung von Lernarragements für Übergang Schule — Beruf
3. Begleitung während des Überganges
4. Begleitung in der Berufseinstiegsphase

Einzelfallbezogene Förderung
§69 NSchG

Niedersächsisches Kultusministerium



Ressourcen

Für Jugendliche mit einer geistigen Behinderung

- Bis zu 5 zusätzliche Lehrerstunden (Förderschullehrkraft) pro Schüler/in sog. Rucksackstunden

- Ein Integrationshelfer/-helferin pro Schüler/in bei Bedarf

Aufgaben der Schulleitung

- Fördergutachten
- Lehrereinsatz
- Öffentlichkeitsarbeit

Strategie

- Klärung bzw. Absicherung der Ressourcen !!

  Lehrerfortbildung, Integrationshelfer, zusätzliche Förderlehrkräfte, Baumaßnahmen, etc.
  Lehrerausbildung - aktuell 188 Lehrkräfte Zweitfach Sonderpädagogik,

- Welche Bildungsangebote kann/muss BBS anbieten?

  Reichen die vorhandenen Angebote oder müssen neue Konzepte erstellt werden?

- Erfahrungen durch Innovationsvorhaben.

  BBS Goslar, BBS Bad Harzburg, Modellregion Lüneburg

Strategie

- Bildung und Moderation von Netzwerken
  Modellregion Lüneburg
  Erprobung an drei Standorten, Laufzeit 2013 bis 2015:

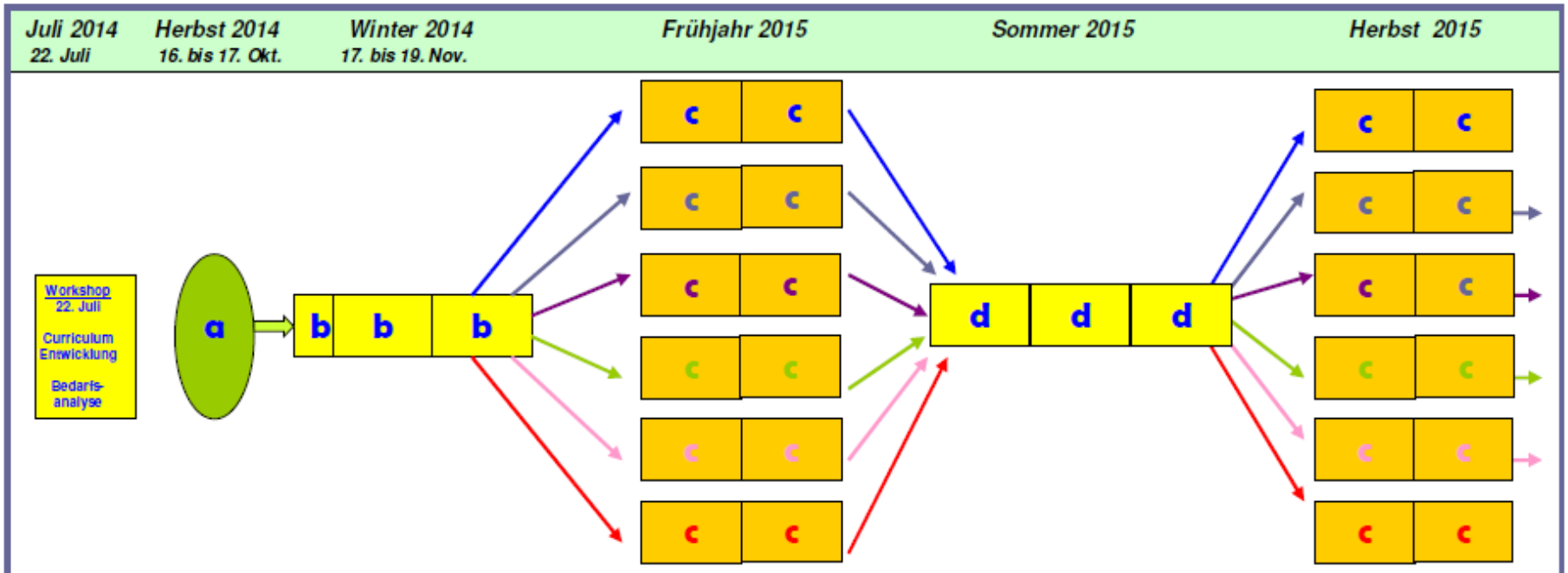
- Handbuch: „Handlungsoptionen für die Inklusive BBS“
  Eigenständige Kommission vom 01.02.2013 bis zum 31.07.2015

- Implementierung und Erprobung der Handlungsoptionen
  Qualifizierungsoffensive mindestens 2 Lehrkräfte je BBS, davon eine Person aus der Schulleitung.
  140 BBS’n = mindestens 280 Personen sind fortzubilden.

Inklusion in der beruflichen Bildung

Niedersächsisches Kultusministerium

Qualifizierungsoffensive „Inklusive BBS“



a : Workshop für beteiligte Schulleiter/innen und Landesschulbehörde, 1,5 tägig, Zentrales Thema: „Inklusion aus Sicht der Schulleitung“

b : Expertenschulung, 2,5-tägig , Erarbeitung der Inhalte

c : Qualifizierung der Inklusionsbeauftragen, je Kurs 20 Personen

d : Expertenschulung, 3-tägig, Erarbeitung der Inhalte u. Nachsteuerung

Inklusion in der beruflichen Bildung

Niedersächsisches Kultusministerium

Gemeinsame Initiative von HWK, IHK, LWK, RD und MK zur inklusiven Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf

HWK: Handwerkskammer, IHK: Industrie- und Handelskammer, LWK: Landwirtschaftskammer, MK: Kultusministerium
RD: Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit

AG: Göcke, Hallmann-Rosenfeldt, Dr. Hildebrandt, Hilker, Hoops, Schlieck, Tanzer, Zschiesche
Stand: 18. September 2014

Niedersächsisches Kultusministerium

Landwirtschaftskammer Niedersachsen

IHK

Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen

Bundesagentur für Arbeit

ibbw

Inklusive Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf

Zentrale Auftakttagung der gemeinsamen Initiative von HWK, IHK, LWK, RD und MK*

Termin: 4. Dezember 2014, 11:00 – 17:00 Uhr
Ort: Multi-Media BBS, Expo Plaza 3, 30539 Hannover

10:00 Eröffnung des Tagungsbüros: Ankommen – Anmeldung – Imbiss

11:00 **„Verrückt nach Paris", The Making-of**
Pago Balke, Regisseur, Kabarettist, Autor

11:20 **Eröffnungstalk**
Peter Voss, Präsident der Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen
Michael Tanzer, Fachbereichsleiter berufliche Rehabilitation, Bundesagentur für Arbeit
Cornelia Hartwig, Niedersächsisches Kultusministerium

11:45 **Inklusion: Gesellschaftliche und berufspädagogische Herausforderungen**
Prof. Dr. Matthias von Saldern

12:15 **Inklusive Gestaltung der Berufsausbildung – Stand und Perspektiven**
Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung

12:45 Mittagspause incl. „The Single Malts"

13:45 **Inklusive Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf: Perspektiven und Fördermöglichkeiten**
Michael Tanzer, Bundesagentur für Arbeit

14:15 **Inklusive Ausbildung von Jugendlichen mit und ohne Behinderung**
Annetraud Grote, Paul-Ehrlich-Institut & InkA, Langen

14:45 **Wer macht's? – Fragen der Zusammenarbeit von Betrieb und Schule**
Peter Bräth, Staatssekretär Niedersächsisches Kultusministerium
Harald Schlieck, Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim

15:00 **Good-Practice der Inklusion**
Betriebe aus Niedersachsen präsentieren Modelle im World Café

16:00 **Podiumsdiskussion: Gelingensbedingungen für Inklusion**
Peter Bräth (MK), Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser (BIBB), Dr. Thomas Hildebrandt (IHK), Michael Tanzer (BA), Renate Lippel (BBS 7), Pago Balke

16:45 **Ausblick und Verabredungen**
Günther Hoops, Niedersächsisches Kultusministerium

17:00 **Ende der Tagung**

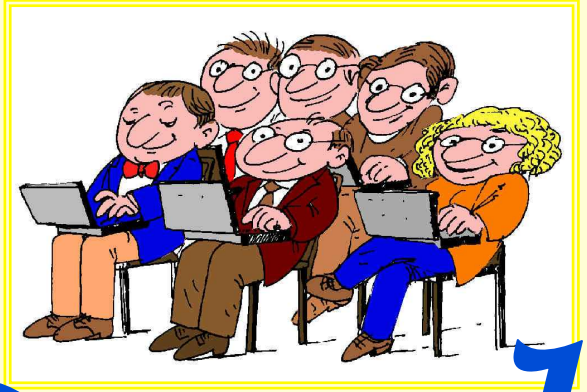
*) HWK: Handwerkskammer, IHK: Industrie- und Handelskammer, LWK: Landwirtschaftskammer,
RD: Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit, MK = Niedersachsisches Kultusministerium

BS

1-BFS

BES

BEK



2i-BFS

Danke

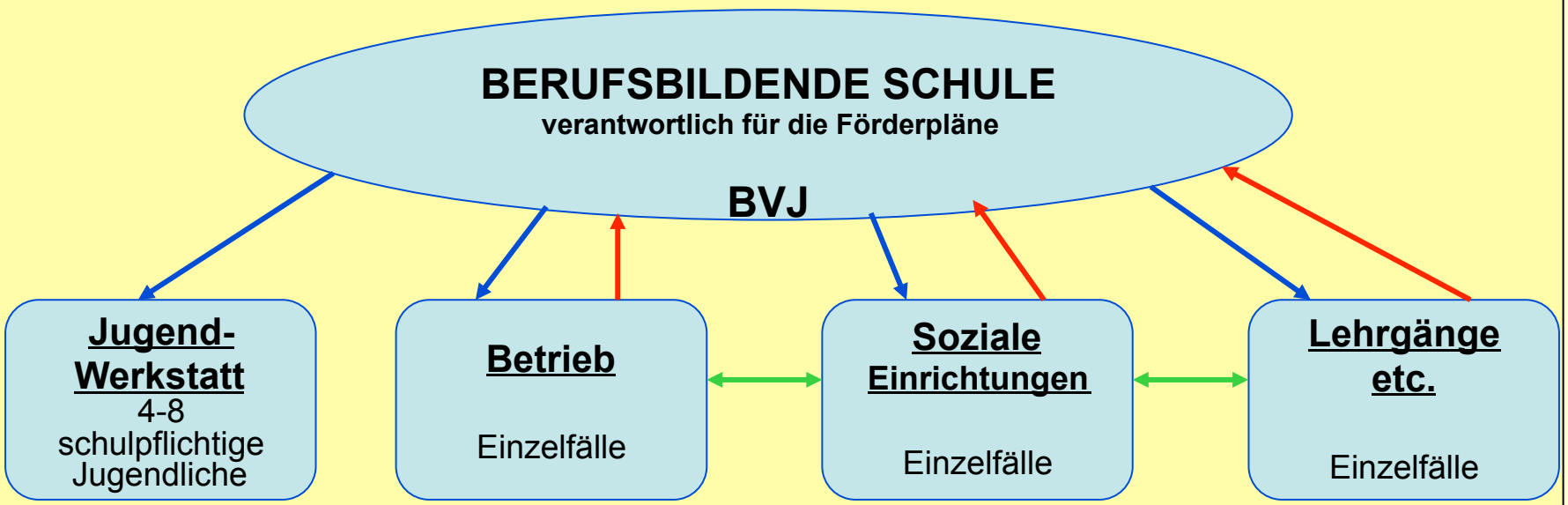
ür Ihr Interesse.

Schulpflichterfüllung
im Rahmen einzelfallbezogener Förderpläne

entsprechend des NSchG vom 3.März 1998, zuletzt geändert am 19. Juni 2013

§69
Schulpflicht in besonderen Fällen

(4) [1]Schulpflichtige Jugendliche im Sekundarbereich II, die nicht in einem Berufsausbildungsverhältnis stehen und in besonderem Maße auf sozialpädagogische Hilfe angewiesen sind, können ihre Schulpflicht durch den Besuch einer Jugendwerkstatt erfüllen, die auf eine Berufsausbildung oder eine berufliche Tätigkeit vorbereitet.

[2]In besonders begründeten Ausnahmefällen kann die Berufseinstiegsschule (§ 17 Abs. 3) auch die Erfüllung der Schulpflicht durch den Besuch einer anderen Einrichtung mit der in Satz 1 genannten Aufgabenstellung gestatten.

[3]Die Erfüllung der Schulpflicht erfolgt auf der Grundlage eines einzelfallbezogenen Förderplans, der von der Einrichtung nach Satz 1 oder 2 und der Berufseinstiegsschule (§17 Abs. 3) gemeinsam aufzustellen ist.